

Vorlageart: Berichtsvorlage
Federführung: Finanzen
Verantwortung: Frau Franke, Herr Tsalastras, Herr Schranz

Quartalsbericht zum Ergebnisplancontrolling mit Stand 30.06.2025

Beratungsfolge

22.09.2025	Haupt- und Finanzausschuss	Kenntnisnahme
29.09.2025	Rat der Stadt	Kenntnisnahme

Bezug

Kein Bezug

Sachverhalt

- 1 Der Rat der Stadt erhält im Rahmen der Berichterstattung zum Stand 30.06.2025 den
- 2 beigefügten Quartalsbericht zum Ergebnisplan zur Kenntnisnahme. Dieser basiert auf den
- 3 aktuellen Budgetprognosen der Fachverwaltung und beinhaltet Planabweichungen ab 100
- 4 TEUR.

Anlage/n

- 1 - Quartalsbericht zum 30.06.2025
- 2 - Haushaltssicherungskonzept 2025 Einzelmaßnahmen Stand 30.06.2025

Quartalsbericht

Ergebnisplancontrolling

Stand: 30.06.2025

Inhaltsverzeichnis

<i>I. Gesamtergebnis der konsumtiven Controlling-Gespräche.....</i>	<i>2</i>
<i>II. Allgemeine Finanzwirtschaft.....</i>	<i>3</i>
<i>III. Personal- und Versorgungsaufwendungen (Deckungsring Personal).....</i>	<i>4</i>
<i>IV. Wesentliche Abweichungen nach Produktbereichen</i>	<i>4</i>
<i>V. HSK-Controlling zum 30.06.2025</i>	<i>8</i>
<i>VI. Verschuldung</i>	<i>9</i>

Anlage

I. Gesamtergebnis der konsumtiven Controlling-Gespräche

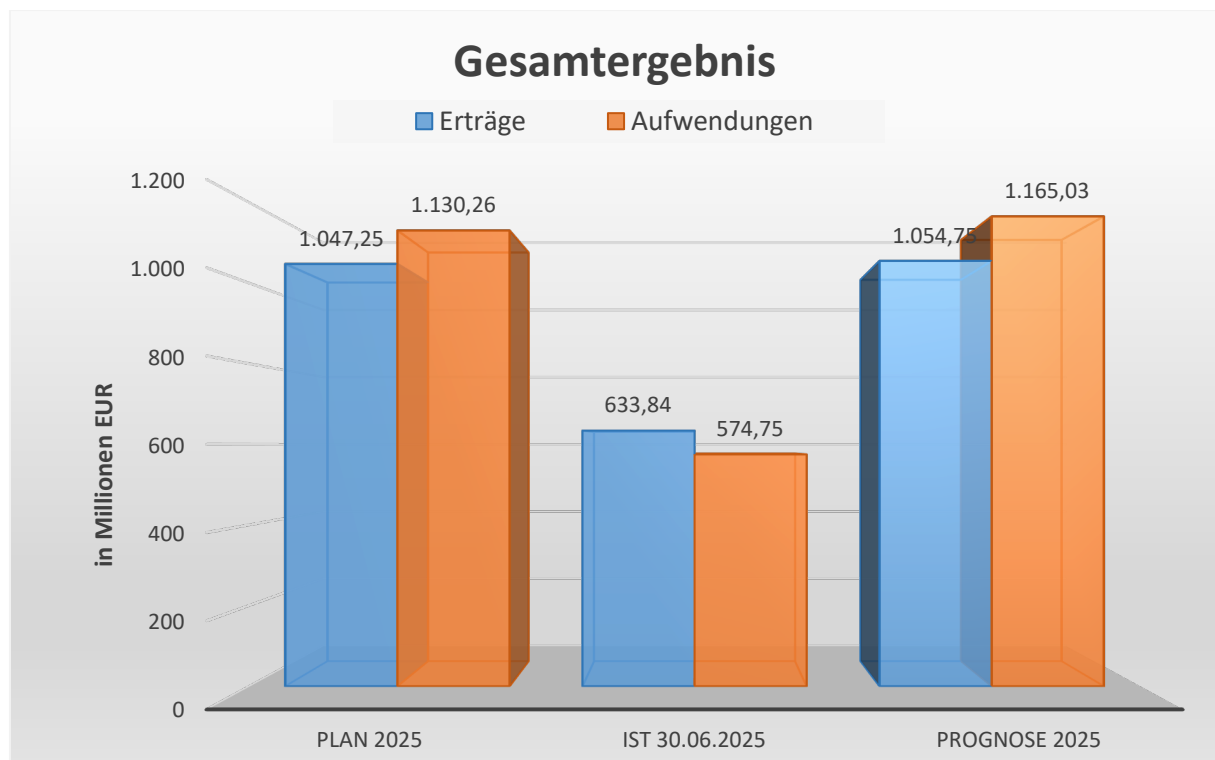
Auf Basis der vorliegenden Prognosen der Bereiche/Fachbereiche zum Stichtag 30.06.2025 zeichnet sich eine Verschlechterung zur Haushaltsplanung 2025 in Höhe von rund **27,26 Mio. EUR** ab.

Im Vergleich zur Planung ergeben sich Mehrerträge in Höhe von rund 7,50 Mio. EUR, die jedoch durch Mehraufwendungen in Höhe von rund 12,58 Mio. EUR überstiegen werden. Darüber hinaus ist zum o. g. Stichtag davon auszugehen, dass der geplante globale Minderaufwand in Höhe von rund 22,18 Mio. EUR nicht erreicht werden kann.

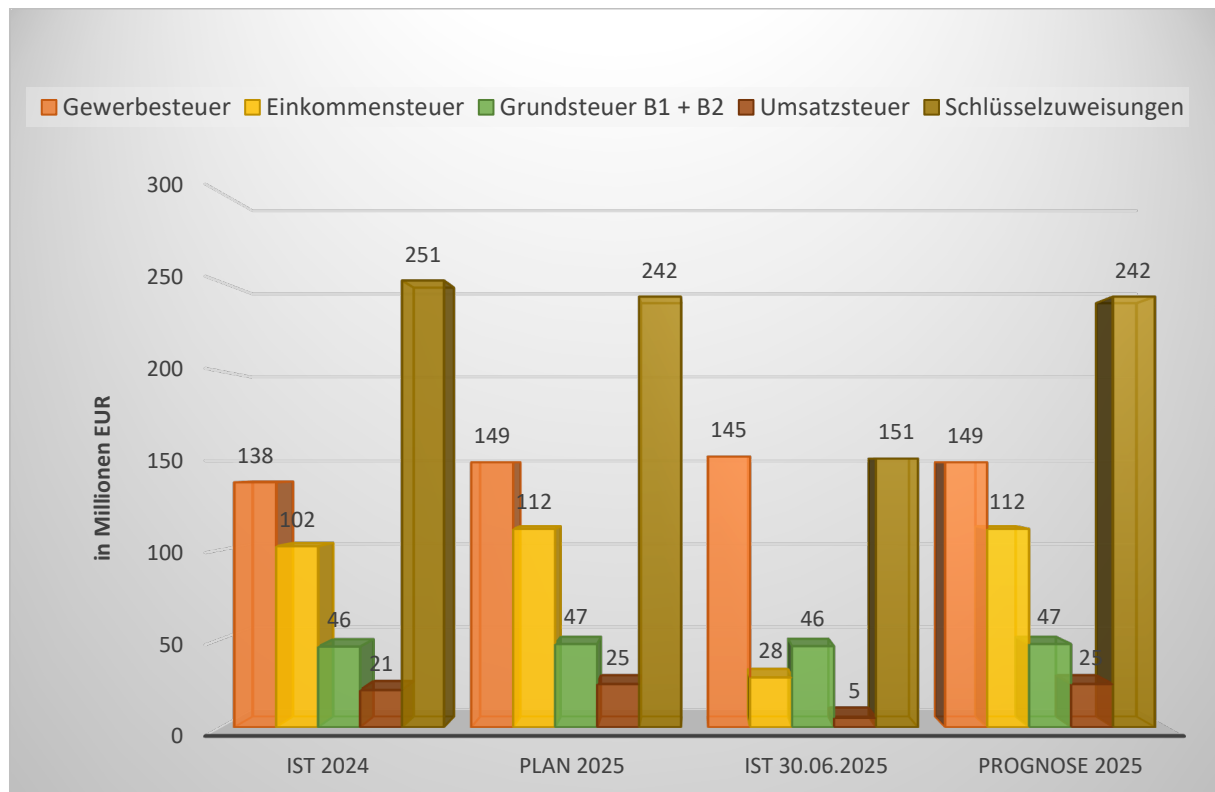
Wesentliche Planabweichungen im **Ertragsbereich** gehen auf geringere Einnahmen bei der sonstigen Vergnügungssteuer sowie Mindereinnahmen für Mieten durch die Übertragung von Objekten auf die TZU GmbH zurück. Demgegenüber stehen Mehrerträge durch höhere Erstattungen im Bereich der erzieherischen Hilfen sowie Rückzahlungen des überzahlten Finanzierungsbeitrages aus 2024 an die STOAG GmbH.

Im **Aufwandsbereich** entstehen erhebliche Mehraufwendungen im Bereich der erzieherischen Hilfen, für laufendes Personal (u. a. aufgrund der Tarifiergebnisse) sowie für die Zahlung der Landschaftsumlage. Demgegenüber ergeben sich Minderaufwendungen durch geringere bilanzielle Abschreibungen sowie geringere Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite.

Die nächste planmäßige Abfrage von Prognosen findet zum Stichtag 30.09.2025 statt. Zum 30.06. ergibt sich folgendes Gesamtbild:



II. Allgemeine Finanzwirtschaft



Im Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft werden die wesentlichen Einnahmequellen der Stadt Oberhausen geplant und bewirtschaftet. Mehr als die Hälfte aller Erträge machen dabei Gewerbe-, Einkommen-, Grund- und Umsatzsteuer sowie die Schlüsselzuweisungen vom Land aus.

Die Erträge aus der Gewerbesteuer unterliegen laufenden Schwankungen. Zum Stand 30.06.2025 erreichten die Erträge einen Wert in Höhe von rund 145,2 Mio. EUR. Der Fachbereich Steuern geht davon aus, dass bis zum Ende des Haushaltsjahres das geplante Volumen in Höhe von 149,0 Mio. EUR erreicht wird.

Der Rückgang an Geldspielgeräten in Spielhallen und an sonstigen Aufstellorten aufgrund der ordnungspolitischen Auswirkungen des Glücksspielstaatsvertrages und der Glücksspielverordnung NRW führen weiterhin zu Mindereinnahmen bei der sonstigen Vergnügungssteuer. Im laufenden Haushaltsjahr sind Mindererträge in Höhe von 1,4 Mio. EUR zu erwarten.

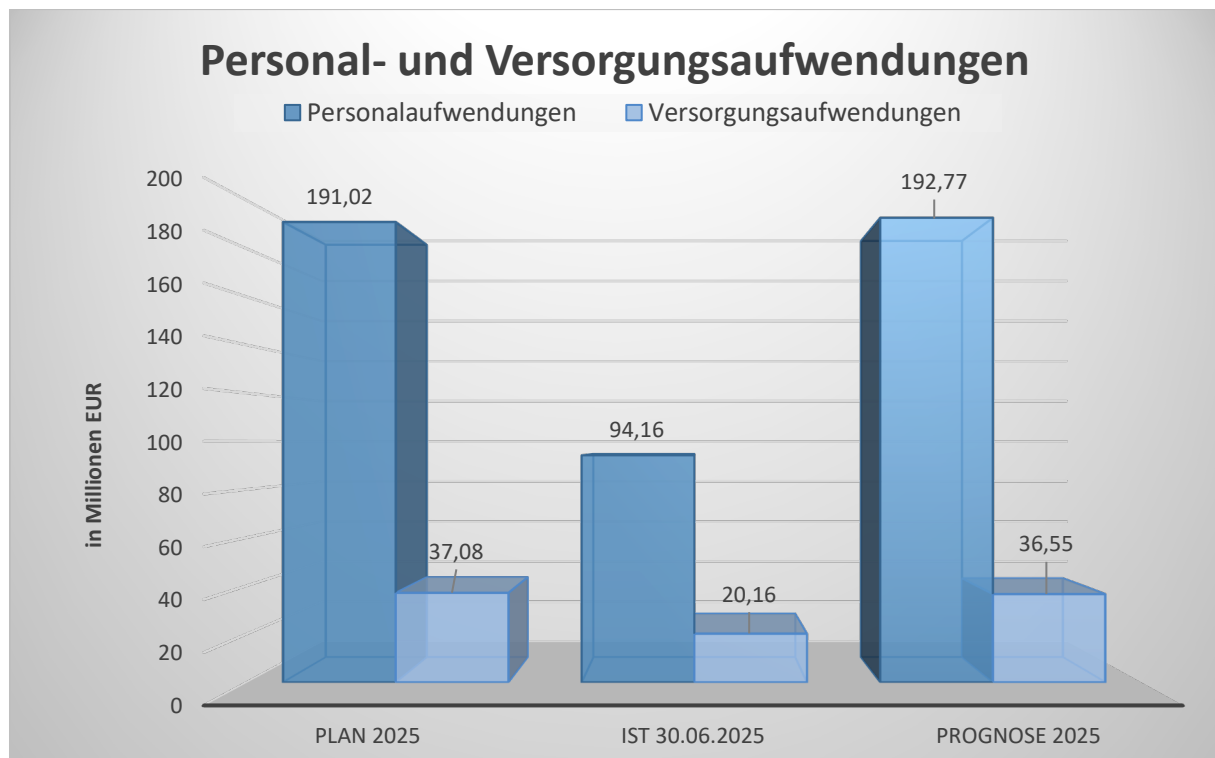
Gemäß Bescheid des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) vom 30.04.2025 entstehen für die Zahlung der Landschaftsumlage Mehraufwendungen in Höhe von rund 3,8 Mio. EUR.

Die Europäische Zentralbank hat in 2025 bereits mehrfach die Leitzinsen gesenkt, sodass davon auszugehen ist, dass die Zinsaufwendungen bis zum Jahresende um rund 1,0 Mio. EUR geringer ausfallen werden.



III. Personal- und Versorgungsaufwendungen (Deckungsring Personal)

Die laufenden Personal- und Versorgungsaufwendungen werden im Deckungsring Personal dargestellt und bewirtschaftet. Sie nehmen einen Anteil in Höhe von rund 20% der gesamtstädtischen Aufwendungen ein. Zum Stand 30.06.2025 betrugen die Aufwendungen rund 114,3 Mio. EUR. Der Bereich 4-1/Personal und Organisation prognostiziert einen Mehrbedarf bei den Personalaufwendungen für das Jahr 2025 in Höhe von rund 1,3 Mio. EUR. Hiervon entfallen rund 1,0 Mio. EUR auf die Tarifierhöhung und nicht geplante Mehrkosten im Bereich der Beihilfen. Weitere Mehraufwendungen in Höhe von rund 0,3 Mio. EUR werden bedingt durch eine kürzere Wartezeit bei Beförderungen aufgrund der Änderungen aus dem Beamtenmodernisierungsgesetz erwartet.



IV. Wesentliche Abweichungen nach Produktbereichen

Nachfolgend werden die wesentlichen Abweichungen auf der Ertrags- bzw. Aufwandsseite produktbereichsbezogen dargestellt.

Produktbereich 01 - Innere Verwaltung:

Gesamtverschlechterung in Höhe von rund 1,2 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderertrag aus Mieten und Pachten durch Übertragung von Mietobjekten auf die TZU GmbH	- 1,1 Mio. EUR	
Minderertrag aus Zuweisungen vom Bund für die Sanierung der „Burg Vondern“ durch Verschiebung ins Folgejahr	- 0,3 Mio. EUR	

Minderertrag aus Verwaltungsgebühren im Bereich Personalwirtschaft	- 0,1 Mio. EUR	
Minderertrag aus Zuweisungen vom Bund im Modellprojekt „Smart Cities“	- 0,4 Mio. EUR	
Mehrertrag aus Rückerstattungen von Restmitteln der Fraktionen und Gruppen zum Ende der Wahlperiode		0,4 Mio. EUR
Mehrertrag durch eine neue Vollstreckungssoftware (zeitnahe Bilanzierung von Positionen bei Übergabe der Forderung von SAP an die Vollstreckungssoftware, die im alten System erst später verbucht wurden)		0,1 Mio. EUR
Mehrertrag aus Auflösung einer Rückstellung im Bereich Rechtsangelegenheiten		0,2 Mio. EUR
Minderaufwand im S/4 HANA-Projekt durch zeitliche Verschiebungen		0,5 Mio. EUR
Minderaufwand im Modellprojekt „Smart Cities“ gemäß Planungsfortschritt		0,3 Mio. EUR
Mehraufwand im Deckungsring Mieten durch diverse Neuanmietungen	- 0,8 Mio. EUR	
Summe	- 2,7 Mio. EUR	1,5 Mio. EUR

Produktbereich 03 - Schulträgeraufgaben:

Gesamtverschlechterung in Höhe von rund 0,1 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag aus Zuweisungen vom Land im Bereich Belastungsausgleich G9		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand im Deckungsring Schülerbeförderungskosten STOAG durch Überprüfung der Deutschlandtickets		0,1 Mio. EUR
Mehraufwand an Förderschulen durch Kostensteigerungen im Bereich Schülerbeförderung	- 0,3 Mio. EUR	
Summe	- 0,3 Mio. EUR	0,2 Mio. EUR

Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft:

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 0,5 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag im Kunstmuseum durch mehr Eintrittsgelder		0,3 Mio. EUR
Mehrertrag im Kulturbüro aufgrund der Förderung der Projekte „Kulturentwicklungsplan“ und „Digitales Museum“		0,1 Mio. EUR
Mehrertrag im Kunstmuseum durch Steigerung von Shop-Verkäufen		0,1 Mio. EUR
Mehrertrag im Kunstmuseum durch Zuschüsse der BROST-Stiftung für „UDO“		0,1 Mio. EUR
Mehraufwand in der VHS durch eine erforderliche Fassadensanierung am Bert-Brecht-Haus	- 0,1 Mio. EUR	



Summe	- 0,1 Mio. EUR	0,6 Mio. EUR
--------------	-----------------------	---------------------

Produktbereich 05 - Soziale Leistungen:

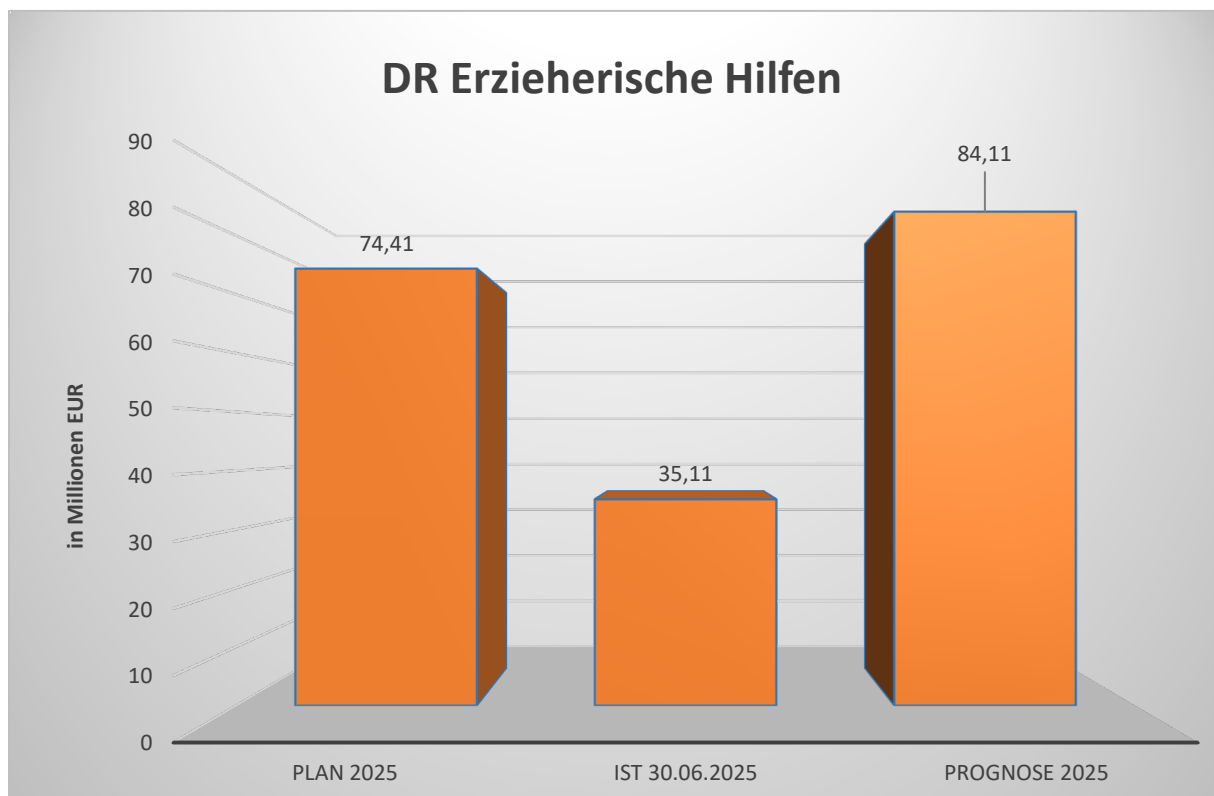
Gesamtverbesserung in Höhe von rund 0,6 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag aus Erstattungen für KdU		0,8 Mio. EUR
Mehrertrag aus Erstattungen für BuT		0,4 Mio. EUR
Mehrertrag bei Hilfen zur Grundsicherung Kostenerstattungen durch Sozialleistungsträger		0,3 Mio. EUR
Mehrertrag bei Unterhaltsansprüchen aufgrund der Bearbeitung bestimmter Vorgänge durch ein Spezialteam		0,2 Mio. EUR
Mehrertrag aus Zuweisungen vom Land für Alten- und Blindenhilfe („Belastungsausgleich“)		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand im Deckungsring Soziales für diverse Transferleistungen		0,1 Mio. EUR
Mehraufwand im Deckungsring Gemeinsame Einrichtung Jobcenter u. a. für gestiegene KdU	- 0,7 Mio. EUR	
Mehraufwand im Deckungsring Bildungs- und Teilhabepaket durch einen Anstieg der Kosten und höhere Inanspruchnahmen von Leistungen	- 0,4 Mio. EUR	
Mehraufwand für Alten- und Blindenhilfe („Belastungsausgleich“)	- 0,2 Mio. EUR	
Summe	- 1,3 Mio. EUR	1,9 Mio. EUR

Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe:

Gesamtverschlechterung in Höhe von rund 6,9 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderertrag aus Erstattungen vom Land für UVG- Leistungen	- 0,7 Mio. EUR	
Minderertrag bei Unterhaltsansprüchen durch eine Novellierung der Kostenbeitragsverordnung	- 0,3 Mio. EUR	
Mehrertrag aus Erstattungen vom Land für UMA und Flüchtlingshilfe Ukraine		1,9 Mio. EUR
Mehrertrag aus Erstattungen von Gemeinden durch die Aufarbeitung von Rückständen		0,8 Mio. EUR
Minderaufwand im Deckungsring Jugend durch geringere UVG-Leistungen		1,1 Mio. EUR
Mehraufwand im Deckungsring Erzieherische Hilfen durch allg. Kostensteigerungen im stationären Bereich (s. nachfolgende Grafik)	- 9,7 Mio. EUR	
Summe	- 10,7 Mio. EUR	3,8 Mio. EUR



Produktbereich 08 - Sportförderung:

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 0,1 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag im Bereich Förderung des Schul- und Vereinssports durch Nachzahlungen aus 2024		0,1 Mio. EUR
Summe		0,1 Mio. EUR

Produktbereich 09 - Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation:

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 0,2 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderaufwand im Projekt „Perspektive Holten“ aufgrund einer Ablehnung der Förderung		0,2 Mio. EUR
Summe		0,2 Mio. EUR

Produktbereich 12 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 0,5 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderaufwand bei der Maßnahme „Umbau Bahnhof Sterkrade“ (ruhend gestellt)		0,4 Mio. EUR



Minderaufwand für Brücken gemäß Baufortschritt		0,1 Mio. EUR
Summe		0,5 Mio. EUR

Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus:

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 5,6 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderertrag aus Gewinnanteilen von der TZU GmbH, stattdessen Zuschusskürzung bei der SBO (s. unten)	- 0,8 Mio. EUR	
Minderertrag aus Konzessionsabgaben von der evo AG	- 0,6 Mio. EUR	
Minderertrag aus Gewinnanteilen von der GEO mbH, stattdessen Zuschusskürzung bei der SBO (s. unten)	- 0,3 Mio. EUR	
Mehrertrag durch die Auflösung der Risikorückstellung für die STOAG GmbH		5,0 Mio. EUR
Mehrertrag aus der Rückzahlung des überzahlten Finanzierungsbeitrages aus 2024 an die STOAG GmbH		4,5 Mio. EUR
Mehrertrag aus Konzessionsabgaben von der RWW GmbH		0,4 Mio. EUR
Minderaufwand im Bereich Pauschalzuschuss an die SBO auf Basis eines Dienstleistungsvertrages mit GEO/GVO		1,2 Mio. EUR
Minderaufwand für den Zuschuss an das Theater aufgrund Übernahme der Mietausfälle für die OWT Probebühne		0,2 Mio. EUR
Minderaufwand aus Steuern aus Gewinnausschüttung der TZU GmbH, stattdessen Zuschusskürzung SBO (s. oben)		0,1 Mio. EUR
Mehraufwand für den Finanzierungsbeitrag an die STOAG GmbH	- 4,1 Mio. EUR	
Summe	- 5,8 Mio. EUR	11,4 Mio. EUR

V. HSK-Controlling zum 30.06.2025

Der Rat der Stadt hat am 16.12.2024 die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2025 ff. beschlossen. Die Auswirkungen auf den Haushalt 2025 und die mittelfristige Finanzplanung 2026 - 2028 wurden in den Haushaltsplan 2025 aufgenommen.

Zum 30.06.2025 haben die zuständigen Bereiche und Fachbereiche erneut ihre Einschätzungen zur Einhaltung der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen abgegeben (s. Anlage).

Insgesamt betrug das vom Rat der Stadt beschlossene Konsolidierungsziel aus den Einzelmaßnahmen für 2025 rund 29,9 Mio. EUR. Gemäß aktueller Prognose wird diese

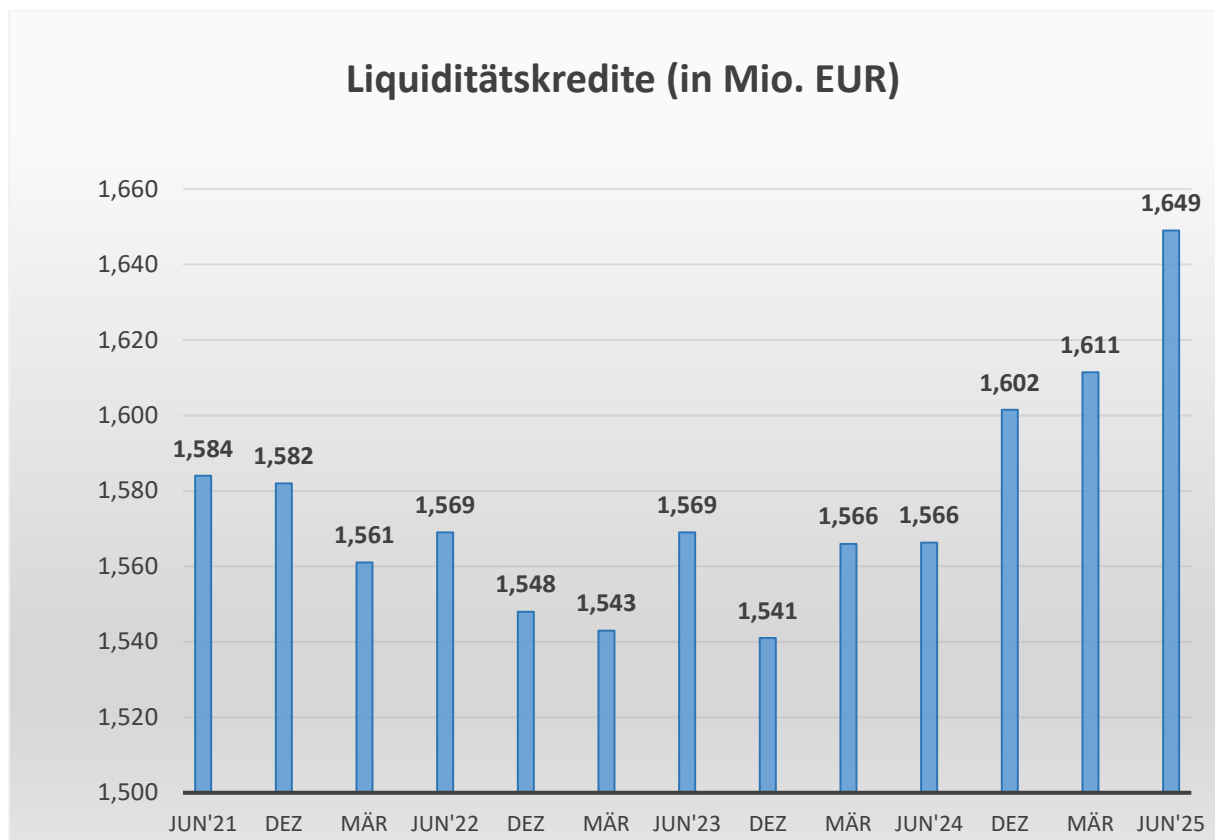
Summe bis zum Jahresende voraussichtlich um rund 3,4 EUR unterschritten. Detaillierte Prognosen und Erläuterungen können der Anlage entnommen werden.

VI. Verschuldung

Nachfolgend wird die Entwicklung der Verschuldung der Stadt Oberhausen durch Liquiditäts- und Investitionskredite dargestellt.

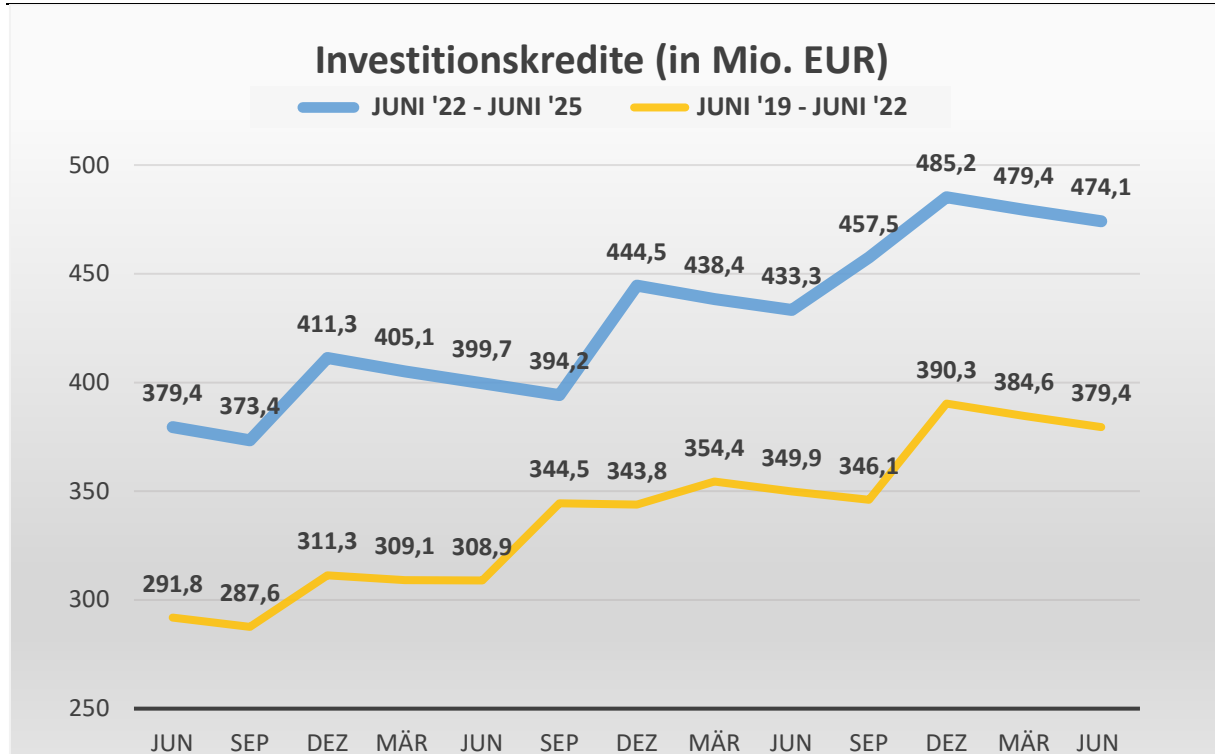
Liquiditätskredite

Zum 30.06.2025 belaufen sich die Liquiditätskredite auf rund 1,65 Mrd. EUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (30.06.2024) bedeutet das einen Zuwachs in Höhe von rund 83,0 Mio. EUR.



Investitionskredite

Die Höhe der Investitionskredite zum 30.06.2025 beläuft sich auf rund 474,1 Mio. EUR und liegt damit rund 40,8 Mio. EUR über dem Vorjahreswert (433,3 Mio. EUR).



Anlage

Haushaltssicherungskonzept 2025 / Einzelmaßnahmen (Stand 30.06.2025)

Maßnahmen-Controlling Haushaltssicherungskonzept 2025

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	in Bearbeitung/ Teilumsetzung	geringste/keine Umsetzung	Erläuterung (Prognose zum 30.06.)	Bemerkung
				Plan 2025	Prognose zum 30.06.					
1	0	0-1	Einsparungen der Gesamtaufwendungen für Rats-, Fraktions- und Ausschusssitzungen um 5% a) Reduzierung von Sitzungsgeldern / Fraktionszuwendungen b) Einsparung von Sitzungsgeldern durch Reduzierung von Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen c) Zusammenlegung von Ausschüssen d) Kürzung Fraktionszuwendunger	0,0	0,0					
2	0	9-5	a) Überprüfung des Leistungsvertrages zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH und der damit zusammenhängenden sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen	500,0	500,0				Grundsätzlich ist vorgesehen, dass dieser Konsolidierungsbetrag durch Kürzungen von Leistungen im Leistungsvertrag der Stadt Oberhausen mit der WBO erbracht wird. Dies wird im Haushaltsjahr 2025 durch eine im Vergleich zur Planung um 734 TEUR erhöhte Ausschüttung der WBO an die STOAG erreicht.	
			b) Kürzung des Zuschusses an die STOAG GmbH (u.a. aufgrund erhöhter Beteiligungserträge von WBO GmbH, GMVA und evo AG)	5.920,0	5.920,0				Der HSK-Betrag für 2025 bedeutet einen restlichen Finanzierungsbetrag für die STOAG in Höhe von 13,0 Mio. EUR. Gemäß Prognose der STOAG vom 06.06.2025 werden 17,105 Mio. EUR benötigt (Planung der STOAG aus 11/2024: 21,345 Mio. EUR). Der HSK-Betrag für 2025 ist erreichbar durch die gleichzeitige ertragswirksame Auflösung der im Jahresabschluss 2024 gebildeten Risikorückstellung in Höhe von 5,0 Mio. EUR.	
			c) Reduzierung des Zuschusses an die LAH GmbH	200,0	200,0					
			d) Gewinnausschüttung ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	50,0	50,0					
			e) Kürzung des Zuschusses an das Theater Oberhausen	300,0	300,0					
			f) Gewinnausschüttung der Stadtparkasse Oberhausen (netto)	2.500,0	2.500,0					
			g) Gewinnausschüttung des neuen Immobilienkonzerns	250,0	250,0				In 2025 erfolgt keine direkte Ausschüttung des Konzerns. Stattdessen ist eine weitere Zuschusskürzung bei der SBO geplant, da seit 2024 eine Erstattung von Teilpersonalaufwendungen der SBO in Höhe von 1.200 TEUR durch den Immobilienkonzern erfolgt.	
			h) Kürzung des Zuschusses an die OWT GmbH	120,0	120,0					
			a) Vergnügungssteuer: Hebesatzerhöhung von 22 auf 24 v. H.	530,0	530,0				Die Maßnahme wurde umgesetzt. Insgesamt ist festzustellen, dass die Erträge aus der sonstigen Vergnügungssteuer aufgrund einer sinkenden Anzahl an Automatenaufstellern im Stadtgebiet jedoch rückläufig sind.	Satzung seit 01.06.24 in Kraft.
			b) - Erhöhung der Steuer von 156 auf 168 EUR/Hund sowie auf 288 EUR bei zwei und mehr Hunden - Einführung eines Steuersatzes in Höhe von 850 EUR/Hund für "Gefährliche Hunde" (§ 3 LHundG) und "Hunde bestimmter Rassen" (§ 10 LHundG)	400,0	400,0					Satzung seit 01.01.25 in Kraft.

Maßnahmen-Controlling Haushaltssicherungskonzept 2025

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	in Bearbeitung/ Teilumsetzung	geringere/keine Umsetzung	Erläuterung (Prognose zum 30.06.)	Bemerkung
				Plan 2025	Prognose zum 30.06.					
3	1	1-1	c) Einführung der Grundsteuer C ab 2025	0,0	0,0					Verschiebung der Maßnahme auf 2027, Kompensation in 2025/2026 über eine Erhöhung der Maßnahme Nr. 9.
			d) Einführung der Verpackungssteuer ab 2026	0,0	0,0				Die Maßnahme befindet sich im Hinblick auf die Umsetzbarkeit in der Prüfung.	Laut dem BVerwG handelt es sich bei der Verpackungssteuer um eine örtliche Verbrauchssteuer im Sinne des Art. 105 Abs. 2a S. 1 GG. Materialunabhängig kann eine Steuer auf Einwegverpackungen eingeführt werden. Damit sollen Einnahmen für den städtischen Haushalt erzielt, die Verunreinigung des Stadtbildes durch im öffentlichen Raum entsorgte Verpackungen verringert und ein Anreiz für die Verwendung von Mehrwegsystemen gesetzt werden.
4	1	1-1	Neuorganisation von Arbeitsabläufen und Geschäftsprozessen	50,0	50,0					
5	1	1-1	Verwaltungsweite Reduzierung der Beschaffungen um 5 %	400,0	400,0					
6	1	0-3 0-6 0-8	Erhöhung von Eintrittspreisen und Teilnehmergebühren in diversen städtischen kulturellen Einrichtungen	50,0	50,0					
7	2	3-2	Asyl-Unterbringungskonzept (§ 104c AufenthG) - durch strukturelle Maßnahmen eine gesteigerte Versorgung Geflohener in privatem Wohnraum erzielen - die geflüchteten Menschen vorrangig in Regel- statt in Notunterkünften unterbringen - Etablierung von Regelstandorten und somit Aufgabe von Gemeinschaftsunterkünften - § 104c AufenthG nutzen (Erlangung Aufenthaltstitel), um Ausstieg aus dem AsylbLG zu ermöglichen	2.260,0	2.260,0					
8	2	3-5	Reduzierung der Kosten der Unterkunft (KdU) durch weniger Bedarfsgemeinschaften	1.450,0	1.450,0				Maßnahmen zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt wurden erfolgreich umgesetzt, Fallzahlen (BG) konnten daher reduziert werden. Jedoch wird - aufgrund von allgemeinen Kostensteigerungen - zum jetzigen Zeitpunkt von einem höheren KdU-Bedarf ausgegangen als ursprünglich angenommen.	
9	2	4-6	Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Anschaffung zusätzlicher Überwachungstechnik etc.	4.500,0	4.500,0					
10	3	2-6	Optimierung der Abläufe innerhalb des Sachgebiets Querschnittsaufgaben	10,0	10,0					

Maßnahmen-Controlling Haushaltssicherungskonzept 2025

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	in Bearbeitung/ Teilumsetzung	keine Umsetzung	Erläuterung (Prognose zum 30.06.)	Bemerkung
				Plan 2025	Prognose zum 30.06.					
11	3	3-1	Reduzierung der ordentlichen Aufwendungen (insbesondere Transferaufwendungen und sonstige ordentliche Aufwendungen) im Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe durch Beauftragung einer externen Beratung, um den Fehlbetrag je Einwohner von 0 bis 21 Jahre zu reduzieren. Gleichzeitig soll durch personalwirtschaftliche Maßnahmen der Abruf von Erträgen bei Dritten (auch für die Vergangenheit) erhöht und aufgeholt werden.	3.000,0	0,0				Betrachtung der Ertragsseite: HSK-Ziel wird erreicht/übertraffen. Beschlossene Mehrerträge in Höhe von rd. 3.000 TEUR sind bereits in der Planung berücksichtigt. Dies bedeutet, dass das HSK-Ziel erreicht ist, sobald der Betrag der im Haushalt angemeldeten Erträge vereinnahmt ist. Prognostiziert werden weitere Mehrerträge in Höhe von rd. 2.487 TEUR. Betrachtung Saldo Aufwand/Ertrag: HSK-Ziel wird nicht erreicht. Den prognostizierten Mehrerträgen in Höhe von rd. 2.487 TEUR stehen im Bereich der erzieherischen Hilfen prognostizierte Mehraufwendungen in Höhe von rd. 9.700 TEUR gegenüber. Im Saldo ergibt sich daher ein erheblicher Fehlbetrag in Höhe von rd. 7.213 TEUR, wodurch die Erreichung dieser Maßnahme verfehlt wird.	
12	3	3-3	Reduzierung der Aufwendungen für Einzelbeförderungen bzw. Gruppenbeförderungen um 3 %.	70,0	0,0				Eine Reduzierung der Aufwendungen wird nach jetzigem Stand nicht erreicht. Es entstehen Mehraufwendungen in Höhe von rd. 110 TEUR durch mehr Fahrten. Darüber hinaus gibt es 40 zusätzliche Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2024/25 an der Schillerschule. Die Kinder wurden auf einen 3. Standort verteilt. Gebrauchte werden 5 zusätzliche Busse, dadurch entstehen weitere Mehraufwendungen in Höhe von rd. 160 TEUR.	
13	4	SBO	a) Anpassung der Friedhofsgebühren (ggf. durch Berücksichtigung des grünpolitischen Wertes, Erhöhung des Kostendeckungsgrades, Überarbeitung des Friedhofskonzeptes, Aufgabe von Flächen durch vermehrte Urnenbestattungen etc.)	300,0	300,0					Satzung seit 01.01.25 in Kraft.
			b) Kürzung des Pauschalzuschusses an die SBO durch Reduzierung bzw. Zusammenfassung von Dienstleistungen	2.000,0	2.000,0					
			c) Anhebung von Mieten und Pachten	250,0	250,0				Eine Umsetzung im Bereich des bebauten Grundbesitzes ist aufgrund des Immobilienkonzeptes (Übertragung von Mietobjekten an TZU) zzt. nicht möglich. Beim unbebauten Grundbesitz ergeben sich in den Jahren 2025 und 2026 Mehrerträge durch zugesagte Zahlungen der Deutschen Bahn für die Inanspruchnahme städt. Grundstücke für Baustelleneinrichtungsflächen. Durch diese Erträge kann das Konsolidierungsziel voraussichtlich erreicht werden.	
14	4	4-1 SBO	Kosteneinsparungen durch Standortkonzentration bzw. Erstellung eines neuen Raumkonzepts	100,0	0,0				Eine Konzepterstellung erfolgt aktuell mit Partnerschaften Deutschland GmbH. Zzt. (04/25) werden gebäuderelevante Daten erhoben. Ergebnisse werden für das 4. Quartal 25 erwartet.	
15	4	2-4	Überwachung des ruhenden Verkehrs (Bußgelder)	250,0	250,0					
16	4	4-1	Anpassung und Überprüfung der bestehenden Verwaltungsgebührenordnungen (wie z. B. Anheben von einzelnen Gebühren, Stückkosten etc.)	100,0	0,0				Im Rahmen der fachlichen Prüfung wurde eine Darstellung der Gebührenkalkulation für die geänderten/neuen Tarifstellen verlangt. Der Bereich 4-1/Personal und Organisation hat diese in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bereichen zusammengestellt. Die fachliche Prüfung dauert dementsprechend weiterhin an.	

Maßnahmen-Controlling Haushaltssicherungskonzept 2025

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	in Bearbeitung/ Teilumsetzung	geringere/keine Umsetzung	Erläuterung (Prognose zum 30.06.)	Bemerkung
				Plan 2025	Prognose zum 30.06.					
17	4	4-1	Reduzierung der Personalaufwendungen (z. B. durch Streichung von geplanten Stellenneueinrichtungen ohne Refinanzierung, Erhöhung des Konsolidierungsbetrages)	2.500,0	2.500,0				Personalaufwendungen für Stellen ohne Refinanzierung wurden bei der Planung im Ansatz in Abzug gebracht, sodass die Maßnahme als erfüllt anzusehen ist. Bei der Personalkostenkalkulation für 2025 wurde eine Steigerung in Höhe von 2,5 % angenommen. Die erzielten Tarifiergebnisse lagen jedoch darüber, sodass insgesamt im Personalbudget voraussichtlich Mehraufwendungen für die Tarifbeschäftigten in Höhe von rd. 500 TEUR überplanmäßig bereitzustellen sind. Weiterhin sind die Beihilfeaufwendungen gestiegen, zzt. wird mit Mehrkosten in Höhe von rd. 500 TEUR kalkuliert. Zusätzlich wirkt sich das Beamtenmodernisierungsgesetz (z. B. durch kürzere Beförderungswartezeiten) mit rd. 300 TEUR aufwandssteigernd im Haushaltsjahr 2025 aus.	
18	4	4-4	Verwaltungsdigitalisierung, z. B. durch: a) Einsparung von Porto- und Papieraufwendungen durch die Erweiterung/Einführung digitaler Medien (bspw. elektronische Signatur, Gehaltsmitteilungen per Email usw.), weitestgehender Verzicht auf Papier b) Reduzierung verwaltungsweiter IT-Kosten (anstatt PC und Laptop, nur noch Anschaffung eines Laptop, Vermeidung von doppelten Kosten u. a. für Lizenzen etc.) für Homeoffice, Teleheimarbeit, mobiles Arbeiten u.ä. c) Digitalisierung des Hausaktenarchives im Bauordnungsbereich	350,0	200,0				Realisierte Reduzierung von Porto- und Papieraufwendungen durch Digitalisierung der Gremienunterlagen und Rechnungseingänge. Weitere abgeschlossene Digitalisierungsmaßnahmen sind z. B. Sportstättenverwaltung, Dragondictate, Mobile Datenerfassung, SAP Krankmeldungen Eingabe durch Assistenzen in den Bereichen, Einstellungstest der Azubis u. w. Zu laufenden Maßnahmen zählen Scandienstleistungen des Altlastenkatasters, Dokumentenprüfstation im Ausländerwesen, Einführung der e-Akte und e-Rechnung u. w. Die Digitalisierungsmaßnahmen erstrecken sich verwaltungsweit und haben positive fiskalische Auswirkungen in den einzelnen Bereichen, diese konnten bisher lokal nur zum Teil erfasst werden.	
19	4	alle SBO	Energiesparmaßnahmen in der Gesamtverwaltung, z. B. durch die Fortsetzung der Umrüstung auf LED-Lampen, erweiterte Nachtllichtabschaltung überall da, wo es möglich ist, Energieeinsparung bei Beleuchtungen über Bewegungsmelder in allen öffentlichen Gebäuden, LED-Straßenbeleuchtung, Überprüfung des Stromlieferungsvertrages uvm.	1.500,0	1.500,0					
			Initiierung eines Energiesparprojektes an Schulen zur Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern im bewussten Umgang mit Ressourcen							
20	5	5-6	Einführung einer E-Scooter-Abgabe von je 3 EUR/Monat je Scooter	30,0	15,0				Erhebung der Gebühren bzw. die technische Umsetzung mit Smart-City ist noch in der Klärung. Daher keine Erhebung für das gesamte Jahr 2025 möglich.	

Summe	29.940,0	26.505,0
--------------	-----------------	-----------------